

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

21.06.2023

Martin Böhm: Von der Leyen fordert 66 Milliarden Euro mehr – AfD für souveräne Nationalstaaten statt EU-Fass ohne Boden!

Die EU verlangt mehr Geld von den Mitgliedsstaaten: Insgesamt 66 Milliarden Euro seien laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen notwendig, um die Finanzlöcher zu stopfen, die sich u.a. aus der Unterstützung der Ukraine, einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Massenmigration nach Europa ergeben würden. Hinzu kämen auch höhere Zinsen und Mehrkosten aufgrund der Inflation.

Der bundes- und europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, kommentiert dies wie folgt:

„Der deutsche Steuerzahler trägt die Hauptlasten für die EU, und das undemokratische Konstrukt erweist sich immer wieder aufs Neue als Fass ohne Boden. Der EU-Etat, der bis 2027 gelten soll, beträgt 1,1 Billionen Euro – mehr als tausend Milliarden –, aber selbst das reicht den Eurokraten nicht. Sie finden immer neue Gründe, um den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche zu ziehen: etwa den Ukraine-Krieg, bei dem wir uns besser neutral verhalten sollten, anstatt Öl ins Feuer zu gießen, die Inflation, für die die EU wesentlich verantwortlich ist, oder die illegale Migration, die durch unsere Sozialstaatsversprechen angeheizt wird.

Und was besonders dreist ist: Während von der Leyen neue Milliarden fordert, erhöhen sich die Eurokraten selbst ihre Gehälter in zweistelliger Weise. Die EU-Kommissare sollen sogar 28,3 Prozent mehr bekommen!

Als AfD treten wir nicht nur dem schamlosen Finanzgebaren der EU-Kommission entgegen, sondern fordern darüber hinaus eine Neuorganisation Europas im Interesse seiner Völker. Wir stehen für ein Europa souveräner Nationalstaaten, die auf freier Basis zusammenarbeiten, wo es notwendig ist, und bekämpfen jeden undemokratischen Zentralismus.“